



Ulrich Kelber
Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Bundeshaus Berlin

Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 700 26
☎ (030) 227 – 760 08
✉ Ulrich.kelber@bundestag.de
www.kelber.de

Ulrich Kelber, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

CDU-Kreisverband Bonn
Die Vorsitzende
Dr. Pia Heckes

Bürgerbüro Bonn

Clemens-August.-Str. 64
53115 Bonn
☎ (0228) 280 31 35
☎ (0228) 280 31 36
✉ Ulrich.kelber@wk.bundestag.de

Per Fax: (02 28) 54 94 30
- öffentlich -

Berlin, den 2. Februar 2004

Auswirkung der Unions-Steuerpläne auf die Stadt Bonn

Sehr geehrte Frau Dr. Heckes,

nach wochenlangem Streit haben sich CDU und CSU auf – relativ unverbindliche – Eckpunkte für weitere Stufen einer Steuerreform geeinigt. Sicherlich ist es noch zu früh, über die genauen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt zu spekulieren, da das Papier keinerlei konkreten Zahlen beinhaltet. **Aber zwei bekannt gewordene Details lassen massive Einschnitte beim Ehrenamt und bei der Kinderbetreuung durch eine Änderung des Steuerrechts befürchten.**

Erstes Problem: CDU und CSU schlagen vor, Pauschalen, die z.B. für Nachwuchsarbeit in Sportvereinen an Übungsleiter bezahlt werden, in Zukunft voll zu versteuern. Mit diesen Pauschalen sollen den ehrenamtlichen Übungsleitern ein Teil der Auslagen vergütet werden. Müssten diese versteuert werden, müssten die Vereine die Pauschalen deutlich anheben. Diese finanzielle Belastung wäre für viele Vereine nicht machbar, **Konsequenz wäre eine Reduzierung des Angebots gerade für Jugendliche und Kinder**, das in erheblichem Umfang durch die Übungsleiter getragen wird.

Zur Erinnerung: Die steuerfreie Übungsleiterpauschale wurde unter Bundeskanzler Willy Brandt eingeführt, von Bundeskanzler Helmut Schmidt erstmals und dann von Bundeskanzler Gerhard Schröder noch einmal auf heute 1848 Euro pro Jahr erhöht. Durch die Pläne von CDU und CSU würde die Entschädigung von ehrenamtlichen Helfern zugunsten einer neoliberalen Steuerideologie geopfert.

Zweites Problem: **CDU und CSU schlagen vor, Engagement von Unternehmen bei der Kinderbetreuung ihrer Angestellten als geldwerten Vorteil zu werten, den die Mitarbeiter dann voll versteuern müssen.** Gerade haben wir erreicht, dass sich auch mehr Unternehmen dem wichtigen Thema Betreuung annehmen, um vor allem jungen Frauen den

Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Das würde mit diesen Plänen Ihrer Partei konterkariert.

Wir stimmen sicherlich im Ziel eines einfacheren Steuersystems überein. Das muss nach der Senkung der Steuersätze seit 1998 (Eingangssteuersatz von 25,9% auf 15% und Spitzensteuersatz von 53% auf 42%) jetzt der Schwerpunkt weiterer Reformen des Steuersystems sein. **Aber es wäre grundfalsch, wenn diese Vereinfachung ideologisch betrieben würde und dabei auch wichtige Anreize, die im Steuersystem gesetzt werden sollen, ersatzlos entfielen.**

Meine Bitte an Sie: Machen Sie innerhalb Ihrer eigenen Partei deutlich, dass Sie diese Pläne nicht mittragen. Beide Punkte können doch mit der von Ihnen angekündigten Schwerpunktsetzung auf Familienpolitik nicht zusammenpassen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass ich Sie im letzten Jahr darum gebeten hatte, innerhalb der CDU für eine Reform der Gewerbesteuer zu werben. Sie haben die Pläne der Bundesregierung allerdings abgelehnt und sich genauso wenig wie andere CDU-Kreisverbände für die Kommunen eingesetzt. Als Folge ist die Entlastung der Kommunen – und damit auch der Stadt Bonn – nur halb so hoch ausgefallen wie von der Bundesregierung geplant, weil CDU und CSU das Gesetz im Bundesrat blockiert haben.

Es wäre schön, wenn den kommunenfeindlichen Plänen der Spitze von CDU und CSU diesmal mehr Widerstand von der örtlichen Bonner CDU entgegengesetzt würde.

Mit freundlichen Grüßen,